Posener Zeitung.

№ 245. Freitag den 20. Oktober. 1848.

Inland.

Berlin, den 18. Oktober. Se. Königl. Hoheit der Prinz Adalbert ist nach Frankfurt a. M. abgereist. — Der General-Major und Inspekteur der 1sten Ingenieur-Inspektion, Brese, ist von Stettin, der General-Postmeister, von Schaper, aus der Provinz Sachsen, und der Bischof des Bisthums Culm, Dr. Sedlag, von Pelplin hier angekommen. — Der Staats-Minister Camphausen, ist nach Frankfurt a. M. abgereist.

Posen. (Sitzung der Stadtverordneten vom 18. Oktober.) Nachdem das Protokoll der vorigen Sitzung verlesen und genehmigt worden, kam zuerst die Angelegenheit des Sieben-Wittwenhauses, einer alten Stiftung, zur Diskussion. Die Majorität der Versammlung entschied sich gegen die Veräußerung eines städtischen Grundstückes zum Neubau eines Hauses für die 7 Wittwen und 5 Jungfrauen. — Der Vorsteher verliest den Bericht, mit welchem der Magistrat die Petition wegen Ausscheiden der Stadt Posen aus dem Feuer-Societätsverbande dem Ministerium überreicht. (Der Magistrat erklärt darin, daß er dem Antrage in allen Punkten beitrete.) — Der Magistrat beantragt für den Arbeits-Aufseher August Bürger eine Unterstützung von 15 Thaler. Die Versammlung gennhmigt. — Stadtverordneter Bielefeld als Berichterstatter der Kommission zur Entwerfung des Geschäfts-Reglements für die Armen-Deputation und der Instruktion für die Bezirksarmenpraxis empfiehlt zunächst die Annahme der Magistratserklärung für die Anlage einer Dispensiranstalt und die Ausführung derselben. Durch eine solche Anstalt würde einmal die für Medikamente auszugebende Summe, welche im Jahre 1847 sich auf 3728 Th. belaufen hat, um $\frac{2}{5}$ ermäßigt, dann aber auch es ermöglicht werden, daß nur wirklich Arme freie Arznei empfingen. Die Sache selbst wird Gegenstand einer langen und lebhaft geführten Debatte, die wir mit stenographischer Genauigkeit nicht wiedergeben zu können, nur bedauern müssen. Auf den allgemein unterstützten Antrag des Stadtverordneten Mamroth, werden durch den Schriftführer Stadtv. Hirsch die drei vom Magistrate über diesen Gegenstand eingeforderten Gutachten und die diesfällige Erklärung des Magistrates selbst vollständig verlesen. Das Gutachten des Medicinalraths Dr. Herzog spricht sich gegen die Anlage einer Dispensiranstalt aus, namentlich deshalb, weil dieselbe in unserer Stadt an ein großes wohl organisirtes Krankenhaus sich nicht anlehnen könne. Das Gutachten des städtischen Armenarztes Dr. Rehfeld empfiehlt enschieden jene Anstalt; das Gutachten des Stadtrathes Apotheker Dähne weist, unter Aufstellung genauer Berechnungen, das Unpraktische des Projektes nach. Der Magistrat endlich in seinem Berichte beseitigt die erhobenen Bedenken und erklärt sich entschieden für die Anlage. Die jährlichen Kosten sind veranschlagt auf 1200 Thaler für Medikamente, 500 Thaler Gehalt für den als städtischen Beamten zu vereidenden Provisor, 300 Thaler für den Gehülfen, 120 Thaler für den Arbeitsmann, 150 Thaler für Brennmaterial, Handtücher ꝛc. — Summa 2270 Thlr.) — Stadtverordneter Apotheker Körber sucht in ausführlichem Vortrage, das Rehfeldsche Gutachten wegen Sachunkenntniß angreifend, das Illusorische des Planes nachzuweisen. — v. Crousaz wünscht Beispiele aus der Praxis ähnlicher Dispensiranstalten. — Mamroth spricht in freimüthiger und eifriger Rede, die Unsicherheit der Kontrolle hervorhebend und den erzielten Vortheil durchaus in Abrede stellend, gegen den Antrag. — Apotheker Jonas führt an, daß der Berliner Nationalversammlung bereits Petitionen hinsichtlich Aufhebung ähnlicher Anstalten vorlägen. — Träger erklärt, er werde unbedingt für Anlage stimmen, sobald er die Ueberzeugung gewonnen, daß auch nur 500 Thlr. der Stadt auf diesem Wege erspart würden. Da ihm diese Ueberzeugung zur Zeit nicht beiwohne, stelle er den Antrag, „der Magistrat möge ersucht werden, Erkundigungen einzuziehen, ob und wo in Städten gleicher Qualität dergleichen Dispensiranstalten beständen, mit welchem Erfolge sie wirkten, in welcher Art die Kontrolle geübt würde.“ Der Antrag findet die nöthige Unterstützung. — Bielefeld als Berichterstatter spricht für den Kommissionsantrag, sucht mehrere der erhobenen Einwendungen zu entkräften, beruft sich, hinsichtlich der Kontrollbedenken, auf die Pflichttreue des ehrenwerthen Standes der Provisoren, schließt mit den Worten: Uebrigens erkenne ich dankbar der Eifer an, mit dem die Herren Apotheker sich bemühen, die Stadt Posen vor Nachtheil zu bewahren. Dessenungeachtet bin ich der Ansicht, wir schreiten zur Einrichtung und lassen es einmal darauf ankommen.“ — Wendland schließt sich dem Kommissionsantrage an, glaubt, der Vortheil sei unzweifelhaft, empfiehlt, über die Dispensiranstalt des Klosters der grauen Schwestern Erkundigungen einzuziehen. — Dr. Ordelin, Mitglied der Kommission, giebt Auskunft über die Dispensiranstalt des hiesigen Garnisonlazarethes, durch welche täglich sehr viele, in der letzten Zeit oft nahe an 1100 Kranke, bei verhältnißmäßig geringen Arbeitskräften, pünktlich mit Arznei versorgt worden. — v. Crousaz verlangt vor allen Dingen gründliche Information. — Es wird zur namentlichen Abstimmung über den Träger'schen Antrag geschritten. Gegen denselben stimmen die Mitglieder Kniffka, Ordelin, Bielefeld, Pilaski, Wendland, Freudenreich und Klug; für denselben die Mitglieder Hirsch, Müller, Asch, v. Crousaz, Mamroth, Königsberger, Behr, Krüger, Hancke, Träger und Knorr. Die Mitglieder Apotheker Körber, Jonas und Kolski, als Interessenten bei der Sache, enthalten sich auf Grund der betreffenden Gesetzesstelle des Mitstimmens. — Der Träger'sche Antrag ist mithin angenommen. — Stadtv. Bielefeld fährt in dem Berichte über das Reglement fort; es erhebt sich Einspruch wegen zu vorgerückter Zeit, und die Fortsetzung des Vortrages wird vertagt. — v. Crousaz verliest den Kommissionsbericht über den Antrag von 22 Frankfurter Bürgern und einen gleichartigen des Herrn Rosenfeld von hier, bezüglich eines beim Ministerium nachzusuchenden dreijährigen Moratoriums für die Grundbesitzer. Die Versammlung tritt den Ansichten der Kommission bei und beschließt, die Sache auf sich beruhen zu lassen. — Wendland berichtet über die alte Venetianerstraße. Die Versammlung beschließt, den Magistrat zu ersuchen, die Regulirung auf Grund der Flöter'schen Karte und des Flöter'schen Gutachtens vom 28. September 1847 zu bewirken, ohne daß sie jedoch es auf einen Prozeß in dieser Sache ankommen lassen will. — Der Vorsteher theilt eine Anzeige der Königl. Regierung an den Magistrat mit, wonach das Ministerium den Communalaufschlag von 50 pC. auf die Mahl- und Schlachtsteuer auch für das nächste Jahr genehmigt hat. — 3 Consense werden genehmigt, desgleichen die Verpachtung des Rathskellers auf drei Jahre vom 1. April 1849 an. — Die Gebühr für die Verwaltung der Hundesteuer pro 1849 wird auf 50 Thaler festgestellt. — Schluß der Sitzung $6\frac{1}{4}$ Uhr.

* Posen, den 19. Oktober. Unsere Communication mit Berlin ist jetzt in der Eisenbahnperiode eigentlich schlimmer bestellt als vorher, da wir uns nur auf die gelbe Postkutsche hingewiesen sahen. Der Abendzug trifft unregelmäßig und fast immer zu spät ein, so daß Briefe und Zeitungen nicht selten erst am andern Tage ausgegeben werden können. Wer aber, um von Mitreisenden mündliche Nachrichten aus der Hauptstadt einzuziehen, auf dem Perron den Dampfzug zu erwarten gedenkt, hat hier mit einem so starken Luftzug zu kämpfen, daß ihm Luft und Laune vergeht. Eben so ärgerlich steht es mit unserer Mittagscorrespondenz aus. Diese erfolgt bekanntlich nicht auf einer einzigen, fortlaufenden Tour, sondern wird von Berlin mit der Eisenbahn nach Frankfurt, dann per Courier nach Woldenberg und von hier wieder mittels Eisenbahn nach Posen befördert. Auf dieser dreifach eingeknickten Linie können nun die Expeditionssünden sich vielfach combiniren und häufen; und so geschah es auch gestern, daß Briefe und Zeitungen mit der Mittagspost auf eine unverantwortliche Weise gänzlich ausblieben. Gerüchte der betrübendsten Art über die Vorgänge in Berlin verbreiteten sich in der Stadt, und mit ängstlicher Spannung sah man dem Abend entgegen, der die Erlösung bringen sollte. Es giebt hier Leute, die solche Zufälle rasch für ihre Zwecke auszubeuten verstehn; wir müssen daher wiederholentlich auf größere Präcision des Dienstes eine dringliche Forderung stellen.

⊙ Pleschen, den 13. Oktbr. *) Die Kabinetsordre vom 9. Oktober c. hat uns in ein neues Stadium gedrängt, und seit dem heutigen Tage, wo dieselbe hier bekannt geworden, sind wir gänzlich mit einem Ministerium Pfuel zerfallen, zerfallen mit der Nationalversammlung, zerfallen mit unserm Könige, an dem wir zu jeder andern Zeit mit so inniger Liebe gehangen haben. — Wir fühlen seit dem heutigen Tage unsere Verlassenheit, wir wissen, daß wir die Märtyrer des Fortschritts in Preußen werden sollen, und eben dieses Bewußtsein hat uns in die größte Aufregung versetzt. — Wir sind allerdings keine Politiker, wissen aber recht gut, was recht und unrecht ist, uud eben deshalb können wir nicht begreifen, wie Pfuel eine Kabinetsordre kontrasigniren konnte, worin gesagt worden, daß sie den Zweck habe, Frieden zu stiften, und eine Versöhnung der beiden die Provinz Posen bewohnenden Volksstämme zu bewirken. — Hat Pfuel das Sprichwort, das er bei seiner Anwesenheit in Posen gewiß gelernt haben wird: „Póki świat światem, nie będzie Polak Niemcem bratem“ schon vergessen, und weiß er nicht mehr, wie sehr versöhnlicher Natur die Polen sind? — Das Volk der Polen kann unmöglich durch eine Amnestie bekehrt werden, ja wir behaupten und wir wissen es, wenn es auch die Herrn in Berlin nicht wissen wollen, daß die Amnestie die Folge haben wird, daß die völlig gedämpfte Insurrection recht bald wieder zum Ausbruch kommt. — Unwillkührlich werden wir jetzt an ein während der Insurrection von einem lustigen Schlesischen Landwehrmann verfaßtes Lied erinnert, wo es in guten Knittelversen heißt: „Ihr guten Polen gebt Euch doch gefangen, man wird Euch ja nicht hangen, man schleppt Euch nur nach Posen, dort bekommt Ihr Jack und Hosen, zu fressen und zu saufen, dann läßt man Euch ja laufen,“ denn dieser Ausspruch ist jetzt erst zur Wahrheit geworden. — Höhnend sieht der Pole den Deutschen an, mit Verachtung spricht er von dem, der ihm während der Insurrektion in den Weg getreten, ja er prahlt mit seinem guten Rechte, denn die Kabinetsordre für einen Akt der Gnade zu halten, fällt ihm nicht ein. — Der besitzende Einwohner hiesiger Gegend ruft, dafür muß ich vom frühen Morgen bis in die späte Nacht hineinarbeiten, um die schweren Abgaben zu erschwingen, die zur Dämpfung ewiger Aufstände verwandt werden, wobei dann die Aufrührer nicht einmal die Untersuchungskosten zu bezahlen brauchen. — Der gebildete Theil der Provinz kann sich der ironischen Frage nicht enthalten, weshalb ein Mitglied der Linken denn nicht den Antrag gestellt hat, daß die Nationalversammlung erklären möge, die Insurgenten in der Provinz Posen haben sich um den Preußischen Staat wohl verdient gemacht.

Berlin, den 17. Okt. Die gestrigen Nachmittags-Scenen konnten zu großen Befürchtungen für den Abend berechtigen; dieser ist jedoch wider Erwarten leidlich abgelaufen. Man muß den Anordnungen des Herrn Rimpler alles Lob zollen und zugeben, daß ohne diese viel Unheil geschehen wäre. Im Schloß und auf den Hauptplätzen der Stadt waren den ganzen Abend hindurch ansehnliche Bürgerwehrmassen aufgestellt, so daß an den Hauptpunkten von Widerstand oder gar Barrikadenbau nicht die Rede sein konnte. Nur die Wohnung des Bäckermeisters Schulz, der den Steinhagel der Arbeiter mit dem Commando „Feuer“ erwiedert haben soll, war ernstlich bedroht; die Horden verlangten des Bäckers Leben. Allein der an den Haakeschen Markt angrenzende Theil der Rosenthalerstraße, in welchem jene Wohnung gelegen ist, wurde gar bald von dreifachen Reihen Bürgerwehr in fünf oder sechs Linien abgesperrt, so daß die beabsichtigte Volksjustiz bis spät in die Nacht hinein glücklich vereitelt worden ist. Erst als sich die Bürger eutfernt hatten, wurden Fenster und Fensterläden zertrümmert, doch wie's scheint das Innere des Hauses nicht verletzt. — Zur Vorsicht wird auch heute die Bürgerwehr trotz des schlechten Wetters in ver-

---

*) Wir wollen die obige, für die Stimmung der Deutschen in den Grenzorten der Provinz bezeichnete Correspondenz unsern Lesern nicht vorenthalten, obgleich wir mit dem Inhalt derselben uns nur so weit einverstanden erklären können, daß auch wir jeden versöhnlich entgegenkommenden Schritt von Seite der Deutschen verloren erachten, so lange die Demarkation noch nicht festgestellt worden. Erst wenn diese errungen, nicht früher, ist an eine milde und allmählige Ausgleichung der sonst täglich sich wiederholenden Differenzen zu denken. A. d. Red.

schiedenen Stadttheilen zu verschiedenen Zeiten alarmirt. — Man sagt, daß der elektrische Telegraph nach Potsdam gestern zerschnitten worden ist.

Den Demokraten kommt dieser Zwist zwischen Arbeitern und Bürgern sehr ungelegen. Sie fordern heute durch ein Plakat die Bürgerwehr auf, Deputationen mit weißen Fahnen an die Arbeiter abzuschicken, auf daß sie mit ihnen der Reaktion gegenüber einig bleiben könnten. Im Uebrigen geht nach unverhüllter Aussage mehrerer Mitglieder der radikalen Partei, die Hauptthätigkeit derselben augenblicklich dahin, die Wuth des Proletariats zu politischer Ausbeute zu benutzen, und gegen die Regierung zu wenden; mit welchem Erfolg, muß die Zukunft lehren.

Berlin, den 18. Okt. Die Deutsche Centralgewalt hat den Prinzen Adalbert von Preußen aufgefordert, die oberste Leitung der Deutschen Marine-Angelegenheiten zu übernehmen, und ihm die für diesen Zweck bestimmten 3 Millionen zur Disposition gestellt.

— Es ist bemerkt worden, daß der Staats-Anzeiger die von Sr. Maj. dem König an seinem Geburtstage den verschiedenen Deputationen ertheilten Antworten nicht mittheilt, es also scheint, daß das Ministerium dafür keine Vertretung übernimmt. Danach sind jene Aeußerungen nur als Privatgespräche anzusehen und liegen deshalb außer der öffentlichen Besprechung. In constitutionellen Ländern pflegen freilich derartige Reden in authentischer Fassung öffentlich bekannt gemacht zu werden.

— Während durch Einführung der Civil-Ehe die sogenannten Ehehindernisse, welche der Verheirathung von Juden und Christen entgegengestanden, noch nicht förmlich beseitigt worden, sind doch in jüngster Zeit derartige Ehen hier geschlossen worden. So hat sich am 15. d. M. der, der evangel. Religion angehörige Schauspieler Meinhold hier mit einem jüdischen Mädchen trauen lassen, und der christkatholische Pfarrer, Abgeordnete Schell hat die Trauung vollzogen.

— Die traurigen Vorfälle des vorgestrigen Tages, deren Entstehungs-Ursache der eingeleiteten Untersuchung vorbehalten sein wird, wobei nur zu wünschen, daß sich irgend ein festes und sicheres Ergebniß herausstellte, bildeten gestern, wie man denken kann, das allgemeine Tagesgespräch. Der Kampf, welcher am Morgen begonnen, währte bis Nachts gegen $10\frac{1}{2}$ Uhr fort, wo die erst weggeschaffte, dann wieder errichtete, von drei Seiten absperrende, an der neuen Jakobsstraße errichtete Barrikade von den Mannschaften des 8. und 16. Bürgerwehr-Bataillons genommen werden mußte. Von dorther fielen wiederum einige Schüsse auf die Bürgerwehr, so daß diese eine Salve geben mußte, ehe sie die Barrikade zerstören konnte. Bei diesem Feuern wurde glücklicherweise Niemand verwundet, nur ein Bürgerwehrmann verletzte sich die Hand. Traurigere und tief betrübende Ereignisse waren jedoch an der, in der neuen Roßstraße stehenden Barrikade vorangegangen. Die Friedrichsstädtischen Scharfschützen waren hier thätig, und deren Hauptmann, der Hofvergolder Schneider, wurde hier, als er die Fahne von der Barrikade nahm, tödtlich getroffen. — In der alten Jakobsstraße fielen Plänkeleien vor. Einzelne Personen drangen in Häuser und holten sich Waffen von gerade nicht anwesenden Bürgerwehrmännern. Die von der Schäfergasse kommenden und dahin rückenden Mannschaften schwebten oft in großer Gefahr. Abends von 6 Uhr ab wurden die nach dem Schlosse führenden zwei Brücken, die Friedrichs- und Cavalier-Brücke, durch die Mannschaften des 4. 3. und 16. Bezirks für Wagen und Reiter abgesperrt, später die Gitter des Schlosses, in welches das Bürgerwehr-Commando seinen Sitz verlegt hatte, geschlossen und von außen und innen besetzt, damit kein Unberechtigter in das Schloß komme. Vorher jedoch waren die neun Leichname der an diesem traurigen Tage auf beiden Seiten Getödteten an der Wendeltreppe niedergelegt, die meisten aber in der Nacht noch nach dem Todtenhause der Charité gebracht. Ueber die, durch den Sicherheits-Ausschuß Anfangs verfügte, sofort aber wieder zurückgenommene Weisung zur Heranziehung von zwei Bataillonen Soldaten ist schon berichtet worden. Der Major v. Leblanc meldete auch den Führern der die obgedachten Brücken besetzt haltenden Bürgerwehr, daß die Truppen wahrscheinlich schon unterwegs sein werden und man sie, falls sie kommen sollten, nur durchlassen, sie aber nach dem Lustgarten weisen möge, wo sie die nöthigen Gegenbefehle erhalten würden. Die Truppen sind aber, wie bekannt, gar nicht angerückt.

— Der gestrige Tag verlief, nach der furchtbaren Aufregung des vorangegangenen, ziemlich ruhig. In der Rosenthalerstraße war das mehrgedachte Bäckerhaus erheblich beschädigt worden, und die Bürgerwehr mußte Vormittags einen Bajonett-Angriff machen, um die andringenden Massen zurückzuhalten. — Mittags nach 1 Uhr bedeckte sich der Gensdarmen-Markt, ein unabsehbarer Zug Arbeiter, wohl mit 20 Fahnen, bewegte sich nach dem Sitzungssaale der Nationalversammlung, um derselben eine Bittschrift zu überreichen, welche folgende Punkte enthält: 1) Untersuchung und Bestrafung der Schuldigen, 2) ehrenvolle Bestattung der Todten auf öffentliche Kosten, 3) Herstellung der Verwundeten und ausreichende Versorgung der Hinterbliebenen, gleichfalls auf öffentliche Kosten. Der Arbeiterzug hatte sich auf dem Platz vor der großen Freitreppe des Schauspielhauses aufgestellt, hier trat der Abgeordnete Hr. Berends zu ihnen, später auch der Abgeordnete Hr. Waldeck. Ersterer sprach zu ihnen, und seine Ansprache wurde öfters von lautem Beifall unterbrochen. Er nahm ihnen die Bittschrift ab, übergab sie sofort dem Präsidenten, und die Bittschriften-Commission trat auch gleich Nachmittags 5 Uhr zur Berathung zusammen.

Oldenburg, den 11. Okt. Unsere Landtagsverhandlungen, welche bisher überwiegend im friedlich conservativen Sinne das im Ganzen freisinnige Staatsgrundgesetz beriethen, nähern sich jetzt dem Punkte, wo nach dem Ausdrucke des ehemaligen preußischen Finanzministers Hrn. Hansemann „die Gemüthlichkeit aufhört." Dies ist der Geldpunkt und die Domainenfrage. Unser Ministerium hat nämlich so eben den Mitgliedern der constituirenden Versammlung die schriftliche Erklärung der Krone über die Bedingungen mitgetheilt, unter denen die Krone „geneigt" ist, ihr bisheriges Eigenthumsrecht am Staatsvermögen „einstweilen" und „vorbehaltlich der Rechte der Descendenten und Agnaten" — wie es in der Erklärung heißt — dem Staate zum Opfer zu bringen. Wenn schon dieses provisorische Zugeständniß und jener Vorbehalt Befremden erregen, und namentlich der Sinn des erstern schwer zu begreifen sein dürfte — wenn man nicht darin gewisse Hoffnungen angedeutet sehen will, welche der andern Seite als Befürchtungen erscheinen, so ist der bitter gereizte und augenscheinlich widerwillige Ton der „Erklärung," welche ihre Abneigung gegen eine solche Umwandlung des frei schaltenden Beliebens in ein vertragsmäßig bestimmtes Verhältniß gar nicht verbirgt, eben so wenig geeignet, dieser Erklärung die Zustimmung des Landes zu gewinnen. Die Forderung einer Civilliste von 180,000 Thalern, die durch allerlei Zubehör von Gerechtsamen aller Art, von Besoldungen einzelner zum Hofdienste gehöriger Beamten u. dgl. noch bedeutend gesteigert wird, scheint für ein so kleines Ländchen, dessen Gesammteinkünfte aus dem Staats-, Kammer- und Domainenvermögen nur 500,000 Thaler betragen, sehr hoch gespannt. Die ausdrückliche Reservirung mancher Gerechtsame an Hand-, Hof- und Jagddiensten, Fuhren, Lieferungen, Fütterung von Jagdhunden u. s. f. will sich mit dem zur Herrschaft gelangten Geiste der Zeit auch nicht vertragen. Kurz, wir sehen über diese „Erklärung" lebhaften Debatten entgegen, und die Aufregung, welche hier verhältnißmäßig zu andern deutschen Ländern bisher noch am geringsten war, dürfte leicht durch diese Lebensfrage eine neue Steigerung erhalten. Die radicalen Demokraten beschäftigen sich namentlich mit dem ausgesprochenen „Einstweilen" jener Verzichtleistung, welches sie offen als eine Aussicht auf solche Zeitläufte auslegen, die in Deutschland einer Reaction günstig zu sein versprechen. Jedenfalls ist dieser Zusatz in der Erklärung ein unglücklicher zu nennen. Ueber das Ordenswesen, oder richtiger Ordensunwesen, hat unser Landtag in einer seiner letzten Sitzungen die Erklärung mit großer Majorität zu Protocoll gegeben, daß der Landtag, mit Bedauern die mit dem Ordenswesen verbundenen Mißbräuche erkennend, die künftige Vorlage eines neuen Ordensgesetzes wünsche, nach welchem von einem unparteiischen Ordensgerichte die Verdienste der Auszuzeichnenden untersucht würden. Auch ward daran die Bemerkung geknüpft, daß Niemand verpflichtet sein müsse, den verliehenen Orden zu tragen.

Frankfurt, den 14. Okt. Der Königl. Niederländische Staatsrath von Scherff hatte heute um 1 Uhr die Ehre, dem Reichsverweser in besonderer Audienz das Schreiben Sr. Maj. des Königs der Niederlande zu überreichen, welches ihn in der Eigenschaft eines außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers bei Sr. Kaiserl. Hoheit beglaubigt.

Mannheim, den 11. Okt. Sicherem Vernehmen nach ist die Untersuchung gegen Struve geschlossen. Assessor Winter in Lahr, welchem dieselbe aufgetragen war, hat Bruchsal schon wieder verlassen; Struve soll erklärt haben, die Verbrechen, welche ihm zur Last gelegt werden, seien bekannt, er läugne sie nicht. Seine Mitverschworenen werde er nicht nennen, und überhaupt über das ganze Unternehmen keine Auskunft geben. Der Schwager Struve's, Schriftsetzer Dusar, Literat Blind und Consorten, sollen indessen bereits Geständnisse gemacht haben.

Freiburg, den 11. Okt. Oberst v. Muralt hat nach Bern geschrieben, daß die Lage der Schweizer in Sicilien eine verzweifelte sei. Im offenen Kampfe wären sie wohl Meister, allein gegen Gift und Dolch finden sie keinen Schutz. Jedem Einzelnen stehe ein solcher Tod bevor. — Die Unterdrücker der Freiheit müssen sich Alles gefallen lassen.

Innsbruck, den 4. Okt. (C. Bl. a. B.) Eben verbreitet sich hier die Nachricht, der Erzbischof Romilli von Mailand sei mit 14 Italienischen Geistlichen, welche Radetzky insgesammt wegen hochverrätherischer Umtriebe habe festnehmen lassen, auf dem Wege hierher begriffen und werde binnen wenigen Tagen hier eintreffen.

Wien, den 15. Oktober. Die Revolution ist durch den Reichstagsbeschluß vom 14. Oktober, worin vom Banus Jellachich gefordert wird, den Rückzug anzutreten, widrigenfalls der Kampf beginnen würde, in ein neues Stadium getreten, und es dürfte in wenigen Tagen eine Schlacht geschlagen werden, an der auch die Ungarn theilnehmen sollen. Der Englische und Russische Botschafter sind bereits abgereist. Das Gerücht, Erzherzog Johann komme nach Wien, hat freudige Sensation erregt. Der Kaiser ist bereits in Olmütz angekommen. Graf Wickenburg, Gouverneur von Steiermark, hat sich für die Sache Wiens erklärt. Die größte Ordnung herrscht fortwährend in Wien.

— Graf Auersperg mit seinem Generalstab befindet sich im Schlosse von Schönbrunn. Die Nationalgarden der von den Jellachichschen Truppen berührten Ortschaften mußten die Waffen ablegen und für die Proviantirung Sorge tragen. Der Markt Mödling allein mußte vorgestern circa 2000 siebenpfünd. Laib Brot und 100 Eimer Wein zur Verfügung stellen. Was an Brot, Mehl, Fourage 2c. durch Wien ins Lager gesendet wurde, ist von den Studenten und Nationalgarden in Beschlag genommen worden. Erst heute hat man mehrere Wägen, welche mit Mehl beladen waren, aufgehalten. An Schlachtvieh fehlt es hier in Wien nicht; täglich weiden mehrere 100 Stück vor dem Schottenthor auf dem Josephstädter Glacis. Die Vertheidigungsmaßregeln werden ununterbrochen fortgesetzt. An den Linien Wiens wurden die Barrikaden verstärkt und vermehrt, auch Kanonen daselbst aufgeführt. — Gestern war eine Ungarische Deputation beim Reichstage, wo sie die Anfrage stellte: ob das Ungarische Heer, welches bereits mit 50,000 Mann an der Grenze steht, dieselbe überschreiten dürfe, worauf Nachmittags eine Deputation von Reichstags-Abgeordneten sich zu Jellachich ins Lager begab, mit der Weisung, Oesterreich zu verlassen, da man sonst angreifen

würde. Jellachich soll sich geäußert haben, er werde es thun, wenn er vom Kaiser hierzu Befehle erhalte. Der Kaiser hat sich von Krems aus in die Festung Olmütz begeben, wohin auch gestern Abends 8 Uhr eine Reichstags-Deputation gesendet wurde. Heute hört man, daß sehr viele Soldaten von den Auerspergschen Truppen in Folge der Nachtkälte erkrankt sind und daß dieselben nirgends zweckmäßig untergebracht werden können. Nach Wien will oder kann man sie nicht senden.

Wien den 15. Oktober. Endlich ist, wie man hier sagt, der Sukkurs der Ungarn hier eingetroffen, und Genecal Moga soll mit seinen Truppen 1½ Stunden von Wien, bei Schweckardt, stehen, anderen Nachrichten zufolge sogar schon bis Schwadorf vorgerückt sein. Vielleicht verdankt die Nachricht, die mir eben mitgetheilt wird, wenn sie sich bewahrheitet, dem Vordringen Moga's ihr Entstehen und dann dürften wir in ungefähr 4 Stunden am Ende unseres Kampfes angelangt sein. Man soll nämlich an Jellachich das Verlangen gestellt haben, derselbe möge mit seinen Truppen aus der Umgegend Wiens abziehen. Man bewillige ihm hierzu drei Stunden Zeit; sollte er bis dahin den Wünschen der Wiener nicht nachgekommen sein, so würde man ihn angreifen und vertreiben.

— Unser Gemeinderath bietet gegenwärtig Alles auf, um die Stadt zu verproviantiren. Er ist nöthigenfalls entschlossen, alles schlachtbare Vieh von den Landgemeinden zwischen der Stadt und Gänserndorf zu requiriren. Dieser Schritt dürfte indeß den Landsturm gegen die Stadt in Bewegung setzen. Der Gemeinderath beabsichtigt ferner, eine Kriegssteuer für die aus Wien geflüchteten Einwohner auszuschreiben. Unter andern sollen etwa 50 der reichsten Großhändler und Banquiers dabei ganz besonders bedacht werden. — Heute wird uns versichert, daß das Breslauer Frei-Corps hier erwartet werde und daß Anmeldungen auf der Aula angelangt seien.

— Unter der Ueberschrift „Höchst wichtig!" ist gestern folgender Anschlag erschienen: „Mitbürger! Die Augenblicke sind dringend. Unsere gegenwärtige ungewisse Lage ist für länger unerträglich. Die Würfel müssen fallen. Unser Schicksal muß sich entscheiden. Es kann sich aber nur zum Glücke entscheiden durch allgemeine Einigkeit, durch eine schleunige Erhebung des ganzen Volkes. Darum rufen wir allen unseren Brüdern in der Stadt und auf dem Lande zu: Auf, zu den Waffen! zum Kampfe für Freiheit und Vaterland! Es gilt unser Aller Leben, es gilt alle Errungenschaften. Aber unsere Stimme verhallt, denn sie ist die Stimme Einzelner. Der Reichstag, die vom Volke frei und vertrauungsvoll gewählten Vertreter müssen zu den Waffen rufen, wenn die Erhebung eine allgemeine, wenn sie eine solche sein soll, die zum Siege führt. Nur die Stimme des Reichstages wird mächtig Anklang finden, nur seine Stimme wird alle Bürger zu ihrer Pflicht rufen, zur Vertheidigung des von einer reactionären Bajonnettenpartei bedrohten Vaterlandes. Der gefertigte Ausschuß, von dieser Ueberzeugung durchdrungen, läßt daher an den hohen Reichstag die Bitte ergehen, er möge die Organisirung des Landsturms mit kräftiger Hand leiten, er möge selbst alle Söhne unseres theuren Vaterlandes zur Vertheidigung desselben auffordern. Mitbürger, Brüder, unterstützet diese unsere Vorstellung an den hohen Reichstag aus allen Kräften, lasset selbst solche Bitten an den hohen Reichstag ergehen. Dies ist der einzige Weg zum Siege, der einzige, der unsere gegenwärtige peinliche Lage zum Heile endigt. Wien, den 14. Oktober 1848. Der Ausschuß der Studenten.

— In der letzten Adresse des Reichstages an den Kaiser heißt es am Schlusse: „Der constituirende Reichstag beschwört demnach Ew. Majestät auf das Feierlichste: einen Friedenscongreß der Völker des Königreiches Ungarn und seiner Kronländer durch frei von ihnen gewählte Abgesandte unverzüglich in Wien eröffnen zu lassen unter Zuziehung eines internationalen Ausschusses, bestehend aus Abgeordneten des constituirenden Reichstages, und unter Mitwirkung der beiden verantwortlichen Ministerien von österreichischer und ungarischer Seite. Möge dieser Friedenscongreß den Anlaß bieten, mit thunlichster Beschleunigung auch das lombardisch-venetianische Königreich beizuziehen. Der Reichstag schließt seine ehrfurchtsvoll loyale Adresse mit der heiligsten Versicherung, daß er nur das Gesammtwohl aller Völkerschaften des österreichischen Kaiserstaates vor Augen hatte, der innerhalb seiner Grenzen den internationalen Verhältnissen Rechnung tragen muß, um statt des unhaltbaren alten Staatsbaues einen neuen, den durch das Kaiserliche Wort garantirten Errungenschaften entsprechenden aufführen zu können. Es ist der letzte Moment eingetreten, wo noch Gerechtigkeit und Weisheit, vielleicht nach verwüstenden Bürgerkriegen, zuletzt dennoch sich einstellende Nothwendigkeit zur Grundlage von Völkerfreiheit und Völkerglück machen können. Der constituirende Reichstag legt hiermit das Wohl und Wehe von Millionen Menschen an das für sie gewiß in Liebe schlagende Fürstenherz, und wird, wenn „minder befangene Beurtheiler" der Sachlage sich berathend zwischen Ew. Majestät und den legalen Reichstag stellen, wenn sie diese, mit dem erblichen Throne und der Volksfreiheit es gleich treu meinende Adresse zu einer vergeblichen machen sollten, sein Wirken dem Urtheile der Nachwelt anheimstellen. Gott segne Ew. Majestät und durch allerhöchst deren Entschluß die Völker Oesterreichs!"

— In dem bereits erwähnten Schreiben Jellachich's an den Reichstag heißt es am Schlusse: „Ich erlaube mir in diesem nur noch die bestimmteste Erklärung hinzu zu geben, daß es mir eben so sehr meine eigene innigste Ueberzeugung, als meine Stellung zur heiligsten Pflicht macht, die freien Institutionen unseres Vaterlandes nicht allein nicht anzutasten, sondern mit allen meinen Kräften zu schützen. Mein jetziges Verhältniß zur herrschenden Partei in Ungarn ist ja eben der Beweis für mein Streben nach Gleichberechtigung und gesetzlicher Freiheit. Die Anarchie, die rohe Gewalt ist ein Fluch für alle Völker und diese zu bekämpfen eines jeden Staatsbürgers Pflicht, und in diesem Sinne biete ich mit aller Energie des Willens und der That jeder gesetzlichen Gewalt meine Hülfe an. Der hohe Reichstag erlaube am Schlusse mir noch die Bemerkung, wie bedauerlich es wäre, wenn bei einem etwaigen Ueberschreiten der österreichischen Grenze durch die magyarischen Truppen die Gegend um Wien der Schauplatz eines blutigen Kampfes und Wien selbst den Gräueln eines verderblichen Krieges preisgegeben würde, den ich im Interesse der Menschlichkeit und des österreichischen Gesammtvaterlandes so gern vermieden wissen möchte.

— Aus den Bewegungen Jellachichs geht hervor, daß er seine Truppen immer weiter am Fuße des Kahlengebirges über Dornbach, Währing gegen Nußdorf hinzuziehen trachtet. Die militairische Besatzung des Pulverthurmes auf der Türkenschanze hat nach aufgefangenen Briefen den Befehl, vor der Uebergabe denselben in die Luft zu sprengen. Wer weiß, was geschehen dürfte, wenn die Cernirung Wiens vollendet sein wird? Will man uns aushungern? Dieses dürfte jedoch schlecht gelingen. — Anständig gekleidete Personen aus Wien dürfen die von Croaten und Auerspergs Truppen besetzten Ortschaften passiren, aber sie dürfen keine Stürmer tragen und keinen weißlodigen Rock (Steirer) anhaben. Die deutschen Truppen haben die hinterste und von Wien entfernteste Stellung inne, während in Inzersdorf nur slavische Truppen cantonnirt sind.

— Das Russische Armee-Corps des Generals Lüders rückt durch die Moldau in die Walachei ein. Der General Lüders macht unter dem 27. bekannt, daß er das Fürstenthum im Namen des Kaisers und der Pforte besetze. Die Armee soll 40,000 Mann betragen. Die Walachen haben im Gebirge noch 10,000 Mann, meist Panduren beisammen, werden aber unfehlbar die Waffen strecken.

— Aus Grätz meidet man vom 11., daß dort die Ruhe nicht gestört wurde, so sehr man auch durch absichtlich verbreitete Gerüchte aus Wien dazu getrieben wurde. Selbst die Unvorsichtigkeit, mit welcher ein Ober-Lieut. der Freiwilligen auf das Volk einhauen ließ, hatte keine Folgen. In Triest gab es am 9. Unruhen. Es waren Gerüchte von den Unruhen in Wien verlautet und dennoch blieben die Posten aus, oder wurde von denselben kein Brief ausgegeben. Als endlich am 9. die Post wieder ankam und der Conducteur nach kurzem unverständlichen Zwiegespräch mit einem Beamten abermals keine Nachrichten haben wollte, zog das Volk den Wagen durch die Straßen vor das Gouvernementsgebäude des Gen. Giulai. Grenadiere kamen und luden vor dem Haufen. Der General aber erschien, ließ die Grenadiere sich entfernen und beruhigte alsdann das Volk, während er zugleich versprach, die Briefe zu öffnen. Ohne daß dies geschehen wäre, zerstreute sich dann die Menge, freilich unter verschiedenen Ausrufungen.

In der Sitzung des constituirenden Reichstages vom 13. Oktober wird in Folge eines Aufrufes in der Prager Zeitung vom 11. Oktober, wo die böhmischen Reichstags-Abgeordneten ihre gleichgesinnten parlamentarischen Genossen nach Brünn auf den 20sten einladen um sich über einen anderwärts abzuhaltenden Reichstag zu besprechen, der Beschluß gefaßt: Jeder Versuch von Abgeordneten oder andern Individuen sich an einem andern Orte zu versammeln und Beschlüsse zu fassen, welche nur dem Reichstage zustehen, ist ungesetzlich und ungültig. Der Reichstag erklärt daher auch jede Aufforderung zu diesem Zwecke als null und nichtig, protestirt vornherein gegen alle desfälligen Beschlüsse und macht die Urheber und Theilnehmer an denselben für alle Folgen verantwortlich. Das Ministerium wird aufgefordert, diesen Beschlüssen sogleich die ausgedehnteste Publicität auf den geeigneten Wegen zu geben.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 14. Okt. Nationalversammlung. Sitzung vom 14. Oktober. An der Tagesordnung ist die Bekanntmachung der 15 Mitglieder, die so eben als Glieder der Commission erwählt wurden, welche mit Cavaignac über Aufhebung des Belagerungszustandes konferiren soll; ferner mehrere örtliche Gesetzvorschläge, und endlich die Fortsetzung der Verfassungsdebatte. In diesem Augenblick traten die neuen Minister in den Saal und setzten sich auf die Ministerbänke, die Mitglieder auf die vorgeschobenen Bänke des Verfassungsausschusses, welche sich jetzt rechts und links vor der Bühne befinden. Der Finanzminister Goudchaux dringt demnächst auf Bezahlung des halbjährigen Betrags der griechischen Schuld, was schon hätte am 1. September geschehen sollen; zweitens müßten die Fahnen endlich bezahlt werden, welche auf Bestellung der provisorischen Regierung von einzelnen Fabrikhäusern für die Land- und See-Armee geliefert worden wären. Diese Häuser brauchten ihr Geld. Die Zahlung des Semesters der griechischen Schuld wird ohne Weiteres genehmigt; die Fahnenrechnung ruft aber einen kleinen Rechnungsstreit hervor. Der Berichterstatter findet die Rechnung der Lyoner Fabriken viel zu theuer, sie beläuft sich auf 6 Mill. 800,000 Fr., die vorige Regierung hätte die Fahnen viel billiger geliefert. (Lärmen). Die Dorfgemeinden würden sich bedanken, so kostspielige Fahnen anzunehmen. Goudchaux vertheidigt die Fahnenrechnung, die einen Augenblick eine politische Farbe annahm, bis die Versammlung dem Streite dadurch ein Ende machte, daß sie einen Antrag Gayot's annahm, der also lautet: „Alle Gemeinden der französischen Republik müssen die von der provisorischen Regierung bestellten Fahnen annehmen, doch erhalten sie selbige unentgeldlich, wenn sie es verlangen." Nach Beilegung dieses Streits erhält Portalis das Wort, um Cavaignac zu interpelliren: „Bürger, beginnt er, eine außerordentliche Beilage zum Moniteur hat Euch eine Ministerialänderung angezeigt, obgleich der Conseilpräsident gestern Nachmittag jede Regierungskrisis dem Mitgliede Thomas gegenüber abläugnete. Drei neue Minister sind aufgestellt. Das Volk ist jetzt der Souverain und das Volk sind wir. Wir haben also die Regierung modificirt. (Murren zur Rechten). Es ist daher nöthig, daß wir wissen, warum man das Personale der Regierung geändert habe; dies ist um so nöthiger, als zwei der neuen Minister schon unter Louis Philipp Minister waren. (Lärm). Cavaignac: Der Interpellant zeiht mich des Widerspruchs. Ich antworte ihm, daß gestern noch nichts entschieden war. Das im Juni constituirte Ministerium hatte vor drei Tagen in Masse abgedankt; bis heute Vormittag war noch nichts Bestimmtes abgeschlossen gewesen. Bezüglich der Gründe, warum sich die alten Minister zurückgezogen, werden sie ihm wohl selbst antworten. Was die Richtschnur des neuen Kabinets betrifft, so wird dasselbe nächsten Montag ein vollständiges Programm über Gegenwart und Zukunft vorlegen; die Versammlung wird dann zu entscheiden haben, ob sie ihm ihr Vertrauen schenken kann. Was mich betrifft, so wünsche ich mir Glück zu dieser Aenderung. Das Cabinet verlangt Montag volle Unterstützung, keine blos accidentelle, sonst wird es das Staatsruder niederlegen (Agitation). Portalis: Also auf Montag! Die Versammlung kehrt zur Verfassung zurück. Art. 72.,

von dem Geschäftscharakter des Staatsrathes handelnd, wird angenommen. Marrast: Bei Gelegenheit der Berathung des Artikels 30 behielt sich die Versammlung das Votum über das Recht offen, daß dem Präsidenten der Republik zustehen solle, die Nationalversammlung aus eigener Machtvollkommenheit zusammenzurufen. Die Verfassungscommission hat ihr Gutachten bejahend abgegeben. Ich schlage vor, jetzt diesen Zusatz zu erledigen. Der Zusatz zu Art. 30: „Der Präsident der Republik hat auch das Recht, die Nationalversammlung zusammenzurufen," wird angenommen. Marrast: Die Versammlung wünscht ferner, das siebente Kapitel (Art. 73, 74, 75, 76 und 77) von der inneren Verwaltung handelnd, erst nach dem achten Kapitel zu berathen. Wir gehen daher zu Kapitel VIII. Art. 78 über, (von der richterlichen Gewalt). Art. 78. „Die Justizpflege geschieht unentgeltlich u. s. w." angenommen. Art. 79. „Die Jury richtet auch fernerhin alle Kriminalfälle." Méaulle trägt an, die Worte anzuhängen „und auch die Vergehen." Es wird entgegnet, daß jährlich über 170,000 Zuchtpolizei-Prozesse verhandelt würden; dieß würde also die Bürger-Jury im Verkehr stören. Méaulle's Antrag wird mit 124 gegen 301 Stimmen verworfen. Art. 80, 81 und 82 (und 83 mit geringer Aenderung verschmolzen) werden angenommen. Die Berathung wird geschlossen und mit Artikel 84 am Dienstag wieder beginnen. Die Versammlung geht um $\frac{1}{2}$ vor 6 Uhr auseinander.

— So eben, 12 Uhr Mittags, erscheint ein außerordentliches Supplement zum Moniteur mit folgenden Decreten: I. Französische Republik. Freiheit, Gleichheit, Brüderschaft. Der mit der Exekutivgewalt beauftragte Ministerpräsident beschließt: Die Demission der Bürger Senard, Minister des Innern, Recourt, Minister der Staatsbauten, Vaulabelle, Minister des Unterrichts und Cultus, ist angenommen. II. Französische Republik. Freiheit, Gleichheit, Brüderschaft. Der Minister-Präsident beschließt: Ernannt sind folgende Bürger und Volks-Repräsentanten: 1) Dufaure, zum Minister-Staatssecretair des Innern, 2) Vivien, zum Minister-Staatssecretair der Bauten, 3) Freslon, zum Minister-Staats-Secretair des Unterrichts und der Kulten. III. In Folge der im Ministerium vorgenommenen Aenderungen, ist das Kabinet zusammengesetzt aus den Bürgern: 1) Marie, Justiz, 2) Bastide, Auswärtiges, 3) de Lamoricière, Krieg, 4) Verninac, Marine und Colonien, 5) Dufaure, Inneres, 6) Tourret, Ackerbau und Handel, 7) Freslon, Unterricht und Cultus, 8) Goudchaux, Finanzen, 9) Vivien, Staatsbauten. Die Zögerung des Moniteur rührte von den Bedingungen her, welche Dufaure und Vivien machten. Sie verlangten, daß der Belagerungsstand aufgehoben werde.

Belgien.

Brüssel, den 10. Oktober. Der seit längerer Zeit hier anwesende Notificationsgesandte des deutschen Reichsverwesers, Freiherr von Drachenfels, hat vor einigen Tagen dem Könige ein Beglaubigungsschreiben überreicht, welches ihm die Bestimmung ertheilt, als außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister fortan hier zu residiren; es sind somit die regelmäßigen diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Belgien wechselseitig in Gang gebracht.

Italien.

Das Risorgmento von Turin vom 6ten meldet: Es geht uns folgende Mittheilung zu, welche in Brescia, auf Befehl der Provinzialstände, gedruckt und an den Advokaten Labus gerichtet wurde, der sie selber vom General Muzzuchelli erhalten hat: „Se. Majestät der Kaiser hat, zu dem Zwecke, das Wohl der Einwohner des Lombardisch-Venetianischen Königreichs, selbst zum Nachtheile seiner eigenen Staaten, zu befördern, die Englisch-Französische Vermittelung auf folgenden Grundlagen angenommen: 1) Preßfreiheit; 2) Bürgerwehr; einheimische Beamte; 4) einheimisches Heer; 5) Räumung der Lombardisch-Venetianischen Provinzen von allen nicht-italienischen Truppen: 6) Uebergabe der Festungen; 7) besondere Verwaltung unter einem Vice-König, welcher zu wählen ist unter den zwei Söhnen des Erzherzogs Rainer: Ernst und Sigismund; jährliche Contribution von 25 Millionen; sechsmonatlicher Aufenthalt des Vice-Königs, abwechselnd in Mailand und Venedig; 8) jährlicher Besuch des Kaisers; 9) für den Fall einer fremden Invasion 100,000 Mann Hülfstruppen. Das Lombardisch-Venetianische Reich verpflichtet sich andererseits zur Stellung eines bewaffneten Contingents für den Fall, daß Oesterreich bedroht wird.

Druck u. Verlag von W. Decker & Comp. Verantwortl. Redakteur: C. Hensel.

Berliner Börse.

Den 18. October 1848.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	$73\frac{3}{4}$	$73\frac{1}{4}$
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	—	$88\frac{1}{4}$
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Berliner Stadt-Obligationen	$3\frac{1}{2}$	—	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	$81\frac{1}{4}$	$80\frac{3}{4}$
Grossh. Posener »	4	$95\frac{3}{4}$	—
» »	$3\frac{1}{2}$	—	$76\frac{3}{4}$
Ostpreussische »	$3\frac{1}{2}$	—	$86\frac{1}{4}$
Pommersche »	$3\frac{1}{2}$	—	89
Kur- u. Neumärk. »	$3\frac{1}{2}$	$88\frac{1}{2}$	—
Schlesische »	$3\frac{1}{2}$	$90\frac{3}{4}$	$90\frac{1}{4}$
» v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	—	84
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{12}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	13	$12\frac{1}{2}$
Disconto	—	$3\frac{1}{2}$	$4\frac{1}{2}$
Eisenbahn-Actien, voll eingezahlte:			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	$83\frac{3}{4}$
» Prioritäts-	4	84	—
Berlin-Hamburger	4	—	$61\frac{1}{2}$
» Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	$89\frac{1}{4}$	$88\frac{3}{4}$
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	$51\frac{1}{2}$	—
» » Prior. A. B.	4	—	$77\frac{3}{4}$
» » »	5	$86\frac{1}{4}$	—
Berlin-Stettiner	4	—	$86\frac{1}{4}$
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	74	73
» Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$88\frac{1}{2}$
Magdeburg-Halberstädter	4	103	102
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	—	$67\frac{1}{2}$
» Prioritäts-	4	82	—
» »	5	$93\frac{3}{4}$	$93\frac{1}{4}$
» » III. Serie	5	89	—
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	$88\frac{1}{2}$	$87\frac{1}{2}$
» » B.	$3\frac{1}{2}$	$88\frac{1}{2}$	$87\frac{1}{2}$
Rheinische	—	—	—
» Stmm-Prioritäts-	4	—	—
» Prioritäts-	4	—	—
» » v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	$4\frac{1}{2}$	51	—
Stargard-Posener	4	$66\frac{1}{4}$	$65\frac{1}{4}$

(Mit einer Beilage)

Inland.

△ **Berlin** den 18. Oktober. Der vorgestrige blutige Zusammenstoß der Bürgerwehr mit den Arbeitern ist keiner Partei erwünscht gewesen, selbst den Wühlern nicht, wie es scheint. Wenigstens sollen vom demokratischen Club aus während des Kampfes Versuche zur Versöhnung gemacht worden sein, und kaum zweifelhaft ist es, daß Männer, die als ganz entschiedene Republikaner gelten, zu den Arbeitern sich begeben und sie zur Ruhe gemahnt haben mit den Worten, es sei ja jetzt noch nicht Zeit loszubrechen, auch dürfe man es nicht mit der gesammten Bürgerwehr verderben, denn wenn diese mit dem Militair gemeinschaftliche Sache mache, so sei an einen Sieg ihrerseits nicht zu denken. Bei alle dem war aber die Aufregung gestern noch so groß, daß noch zu Mittag das Haus und das Leben des schon genannten Bäckermeisters Schulze gefährdet waren. Nur der sehr anhaltende oft mehr als Kugeln und Bajonnette wirkende Regen, der um etwa 1 Uhr anfing und ununterbrochen bis zum Spätabend anhielt, brachte die allgemeine Ruhe wieder zu Stande.

Heute bedeckt ein wunderlicher Anschlag die Straßenecken, „Europa in Aufregung" überschrieben. Er behandelt die sociale Frage, erklärt zunächst, daß die politische Frage den Armen ziemlich gleichgültig sei und er sich wenig um die mehr oder minder ausgedehnten Rechte der Parlamente kümmere, sondern daß es ihm nur um sein materielles Wohl zu thun sein könne. Alle Mittel und Vorschläge, die bisher vorgekommen, seien aber unpraktisch gewesen. Die neue Theorie der Menschheitsbeglückung, die dann auseinander gesetzt wird, besteht in einem neuen Species Communismus, obgleich der Verfasser ausdrücklich erklärt, den Communismus nicht zu wollen. Nach diesem neuen Beglückungssystem nämlich soll aller Grunbesitz aufs Neue vertheilt werden und zwar so, daß nur Männer, die älter als 30 Jahre sind, Grundbesitzer werden. Sie behalten den Besitz bis zu ihrem Tode, wo er der Gesellschaft zur weiteren Vertheilung wieder anheimfällt. Vor dem 30. Jahre darf auch Niemand selbstständig ein Geschäft oder Gewerbe treiben, wodurch ohne Zunftzwang doch der Arbeitslosigkeit und Pfuscherei vorgebeugt werde. Der Verfasser dieses Anschlages ist zweifelsohne älter als 30 Jahre.

Frankfurt a/M. den 13. Oktober. Der Königl. Preuß. Artillerie-Major Deetz, Abgeordneter zur verfassunggebenden Reichs-Versammlung und seither Bureau-Chef im Reichskriegsministerium, ist zum Platz-Commandanten zu Frankfurt ernannt worden. — Eine möglichst beschleunigte Verbindung zwischen dem Sitze der Centralgewalt und der preußischen Hauptstadt herzustellen, soll unverzüglich eine elektromagnetische Telegraphenlinie zwischen beiden Punkten errichtet werden. Dieselbe wird von hier aus längs der im Bau begriffenen Main-Weser-Eisenbahn nach Kassel führen und von dort weiter bis zu ihrem Zielpunkte geleitet werden. — Die hiesige Bürgerschaft hat dem obenerwähnten Herrn Deetz, sowie dem Königl. preußischen Rittmeister v. Boddien, in Anerkennung der von ihnen an unseren Barrikadentagen geleisteten Dienste Ehrensäbel votirt.

Frankfurt a. M., den 13. Oktober. (O.-P.-A.-Z.) 95ste Sitzung der verfassunggebenden Reichs-Versammlung. (Schluß.) Vice-Präsident Simson verkündigt den Uebergang zur Tages-Ordnung. Beseler als Berichterstatter des Verfassungs-Ausschusses erhält das Schlußwort über die §§. 31., 32., 34. und 35. des Entwurfs der Grundrechte, worauf M. Mohl und Wigard für einzelne Anträge namentliche Abstimmung verlangen. Das Ergebniß der Abstimmung über die genannten Paragraphen ist folgendes: „§§. 31. und 32.: Die Familien-Fideikommisse sind aufzuheben. (Antrag von Haubenschmied, Lette u. A.) Die Bestimmungen über die Familien-Fideikommisse der regierenden fürstlichen Häuser bleiben den Landes-Gesetzgebungen vorbehalten. (Sprengel, Sellmer, Höfken u. A.) Gleiche Bestimmungen, wie für die Familien-Fideikommisse, gelten für die Stammgüter. (Wachsmuth, Röben u. A.) Aller Lehens-Verband ist aufgehoben. Das Nähere über die Art und Weise der Ausführung haben die Gesetzgebungen der Einzel-Staaten anzuordnen. (Volkswirthschaftlicher Ausschuß mit 222 gegen 169 Stimmen.) §. 33.; Die Strafe der Gütereinziehung soll nicht stattfinden. (Verfassungs-Ausschuß-Antrag mit Stimmen-Einhelt.) Art. VIII., §. 34.: Alle Gerichtsbarkeit geht vom Staate aus. Es sollen keine Patrimonial-Gerichte bestehen. (Verfassungs-Entwurf.) Die richterliche Gewalt wird selbstständig von den Gerichten ausgeübt. Kabinets- oder Ministerial-Justiz ist unstatthaft. (Werner aus Koblenz.) §. 35.: Es soll keinen privilegirten Gerichtsstand der Personen oder Güter geben. (Verfassungs-Entwurf.) Die Militair-Gerichtsbarkeit ist auf die Aburtheilung militairischer Verbrechen und Vergehen, so wie der Militair-Disciplinarvergehen beschränkt, vorbehaltlich der Bestimmungen für den Kriegsstand." (Ausschuß für Gesetzgebung.) In auf einander folgender Abstimmung verzichtet die Versammlung mit Stimmen-Mehrheit auf die Diskussion über die §§. 36. bis 42. Dieselben werden in folgender Fassung zum Beschlusse erhoben: „§. 36.: Kein Richter darf außer durch Urtheil und Recht von seinem Amte entfernt, suspendirt oder an Rang und Gehalt beeinträchtigt werden. Kein Richter darf wider seinen Willen, außer auf Grund eines gerichtlichen Beschlusses in den durch das Gesetz bestimmten Fällen und Formen auf eine andere Stelle oder in Ruhestand versetzt werden. (Antrag des Verfassungs-Ausschusses mit Modificationen von Werner aus Koblenz und von Wulffen. §. 37. Das Gerichtsverfahren soll öffentlich und mündlich sein. (Verfassungs-Ausschuß; einstimmig.) §. 38. In Strafsachen gilt der Anklage-Prozeß; Schwurgerichte sollen jedenfalls in schwereren Strafsachen und bei allen politischen Vergehen urtheilen. (Wie bei §. 37.) §. 39. Die bürgerliche Rechtspflege soll in Sachen besonderer Berufserfahrung durch sachkundige, von den Berufsgenossen frei gewählte Richter, geübt oder mitgeübt werden. (Antrag des volkswirthschaftlichen Ausschusses.) §. 40. Rechtspflege und Verwaltung sollen getrennt sein. (Verfassungs-Entwurf mit Stimmeneinheit.) Der Polizei steht nirgend Strafgewalt zu. Im Deutschen Kriegsheer gilt nur ein und dasselbe Kriegsgesetz, auf Schwurgericht und öffentliches Verfahren gegründet. (Teichert aus Berlin.) §. 41. Die Verwaltungs-Rechtspflege hört auf. (Verfassungs-Ausschuß; einstimmig.) Ueber alle Rechtsverletzungen entscheiden die Gerichte. (Verfassungs-Entwurf; mit großer Majorität.) §. 42. Rechtskräftige Urtheile Deutscher Gerichte und öffentliche, authentische Urkunden sind in allen Deutschen Landen gleich wirksam und vollziehbar. (Spatz aus Frankenthal; mit 208 gegen 172 Stimmen.) Auf Grund des von der Versammlung gefaßten Beschlusses über einen Antrag Schoder's stellt derselbe Abgeordnete den weiteren dringlichen Antrag auf Zusammenstellung der bis jetzt gefaßten Beschlüsse durch den Verfassungs-Ausschuß zur geeigneten Vorlage an die National-Versammlung. v. Trützschler schließt sich dem Vorredner an und stellt ebenfalls einen Antrag zum Zwecke der Beschleunigung der zweiten Berathung der Grundrechte. In Folge der Antwort des Reichsministers v Schmerling auf die heutigen Interpellationen Berger's und Eisenmann's findet sich Wesendonck und 34 Genossen zu dem dringlichen Antrage veranlaßt: das Ministerium aufzufordern, die Beschlüsse mitzutheilen, wonach Maßregeln gegen Oesterreich gefaßt worden sind. Wiesner und acht Genossen beantragen: jede von dem Reichs-Ministerium veranlaßte Absendung von Reichstruppen zu untersagen. Ein Antrag Schüler's und Genossen lautet: In Erwägung, daß der Oesterreichische Reichstag sich permanent erklärt und die gesetzgebende exekutive Gewalt übernommen hat, erklärt die Nationalversammlung die Schritte des Ministeriums, dort einzugreifen, als eine Verletzung der Rechte der Einzelnstaaten, für ungesetzlich. Die Begründung der Dringlichkeit dieser drei Anträge findet nicht hinreichende Unterstützung. Wesendonck zieht sofort seinen Antrag zurück. v. Wartensleben und Genossen beantragen: In Erwägung der dringlichen Verhältnisse und der zahlreichen Interpellationen über die Stellung der Oesterreichisch-Deutschen Provinzen zu Deutschland, beschließt die Nationalversammlung, nächsten Montag die Berathung über die Reichsverfassung zu beginnen und drei Sitzungen wöchentlich für diesen Gegenstand festzusetzen. Der Vorsitzende bemerkt, daß dieser Antrag mit jenem des Abgeordneten Schoder zusammenfalle, und schlägt vor, die Anträge der Abgeordneten Schoder, Trützschler und v. Wartensleben, so wie die Ausschußberichte über die Westphälische Staatsschuld, über Ermäßigung der Civillisten und über verschiedene Petitionen, auf die morgentliche Tagesordnung zu setzen. Die Versammlung entscheidet sich für die Annahme dieses Vorschlags, worauf die Sitzung gegen 3 Uhr Nachmittags durch den Vice-Präsidenten Simson geschlossen wird.

Wien, den 16. Oktober. Nachdem gestern eine beispiellose Ruhe geherrscht, wurden plötzlich Nachts 11 Uhr Kanonen-Allarmschüsse abgefeuert; in den Straßen wirbelten die Allarmtrommeln, und in sämmtlichen Kirchen wurden die Sturmglocken geläutet. Alles ging durcheinander. In den Straßen wurden Gewehre abgefeuert, um die Bevölkerung auf die Beine zu bringen. In einem Nu wimmelten die Straßen von bewaffneten und unbewaffneten Menschen. Der Anlaß hierzu war ein kleines Vorpostengefecht außerhalb der Maria-Hilferlinie in der Nähe von Schönbrunn, abermals ohne erheblichen Erfolg. Obgleich um 2 Uhr Nachts wieder Ruhe eintrat, blieben doch die Linien von den Garden äußerst stark besetzt. Die Ungarischen Truppen haben bereits Bruck an der Leitha überschritten, die Vorposten stehen schon in der Nähe von Schwadorf und Himberg. Jellachich zieht sich vereint mit den Auerspergschen Truppen links gegen die Donau, wo sie, wahrscheinlich bei Kornneuburg über die Donau setzen und sich gegen die Mährische Grenze begeben werden. Von dieser Seite glaubt man Windischgrätz mit 10,000 Mann zu erwarten. Die hiesige Besatzung brennt vor Ungeduld und ist kaum mehr zu zähmen. Allgemein glaubt man, daß es zwischen heute und morgen zu einer Schlacht kommen werde. Soeben zieht sich das Regiment Nassau gegen Währing, um den Pulverthurm zu besetzen.

— Wie es scheint, hat jetzt der Reichstag mit dem Antrag eines Völkerkongresses den letzten versöhnenden Schritt gethan; schlägt dieses Mittel fehl, so ist er zum Handeln gezwungen. Die Blicke des Volkes außer Wien sind ganz besonders auf den Reichstag gerichtet; das Militair jedoch verläugnet ihn. Der Grund, warum der beabsichtigte Angriff von Seiten der Ungarn noch nicht gemacht worden, ist: daß der ungarische Oberfeldherr Messaros ohne die gebührende Anzahl von Truppen (20,000 reguläre und 30,000 Garden) nicht gegen die Kroaten vorrücken zu dürfen glaubt. — Die Vertheidigungsanstalten werden verbessert und erweitert; der gewesene Oberkommandant von einem Tage ist verhaftet; man hat ein verrätherisches Einverständniß zwischen ihm und den Gegnern des Volkes entdeckt. — Der jetzige Oberkommendant Messenhauser wirkt mit Umsicht und Energie; er veranstaltet jetzt die augenblickliche Veröffentlichung aller Berichte über den Stand der k. k. Armee. — Die Zufuhr von Lebensmitteln und Geld dauert ohne Unterbrechung fort.

— Ein Schreiben an die Allg. Ztg. von einem Vertreter des liberalen Oesterreich sagt: „Aus unseren Zeitungen können Sie nicht klar werden; der größte Theil ist in den Händen der Ueberstuzmänner und politischen Kinder, und die übrigen sind terrorisirt. Das Wort ist in diesem Augenblick hier eben so unfrei, wie zu Zeiten Metternich's. Die Monarchie ist verloren, wenn nicht Wunder geschehen. Für 50,000 fl. ist Oesterreich verkauft worden. B. und P. haben Donnerstag unter bas Militair und einige Civilpersonen Geld vertheilt. Die Unteroffiziere des Grenadierbataillons Richter haben für dieses Geld gewirkt. Dies ist der Schlüssel zu der Militairemeute des 6. Okt. Das Ministerium hat durch seine Einfalt und Perfidie in den letzten Wochen Alle gegen sich aufgebracht und spielte unwillkürlich den Wühlern in die Hände."

Prag, den 15. Oktbr. Die hiesige Legion hat vom Fürsten Windischgrätz

2200 Gewehre, und die Nationalgarde 6000 erhalten; sonach wird unsere sämmtliche Nationalgarde nächstens ganz bewaffnet dastehen. — Die auf den 22sten und 23sten d. M. angesagte Universitäts-Jubelfeier wird wegen der eingetretenen Wiener Ereignisse diesmal nicht abgehalten werden. — Die hiesigen Studirenden erhielten gestern die ihnen bei der Bestürmung der Aula von den Soldaten abgenommene Fahne wieder zurück. Dieselbe rührte noch aus dem letzten Schwedenkriege her. — Unsere Deputirten, die fast alle den Reichstag verlassen haben, halten jetzt täglich Versammlungen.

Pesth den 11. Oktober. Die traurigen Tage der ungarischen Schreckensherrschaft nahen heran. Das Land ist aller gesetzlichen Gewalt beraubt. Den Befehlen des schlechtberathenen Königs wird keine Folge geleistet, der Palatinus ist entflohen, das Ministerium hat abgedankt, und noch hat kein neues seine Stelle eingenommen. Die provisorische Regierung Ungarns besteht gegenwärtig in dem „Vaterlands-Vertheidigungs-Ausschuß," der 30 Mitglieder unter der Präsidentschaft Kossuth's zählt. — In der gestrigen Sitzung des Repräsentantenhauses ist beschlossen worden, 1) daß alle ungarischen Truppen, welche noch im Auslande stehen, auf den Befehl der Nation nach Hause kommen sollen, 2) daß alle Ungarn, welche sich im Auslande auf Reisen befinden oder sich in neuester Zeit der Vertheidigungspflicht entzogen haben, angehalten sind, in das Vaterland zurückzukehren, und zwar, wenn sich dieselben innerhalb der Grenzen des österreichischen Staates befinden, binnen 15, sonst aber binnen 30 Tagen. Auch gegen diese wird, wenn sie dem Befehle des Repräsentantenhauses nicht gehorchen, nach dem Gesetze verfahren werden. In derselben Sitzung wurde der Erzherzog Stephan, welcher das in ihn gesetzte Vertrauen der Nation gemißbraucht und das Vaterland in der größten Gefahr verlassen habe, für treulos erklärt. Damit derselbe aber im Auslande die abgelegte Palatinatwürde zu ungesetzlichen Schritten nicht mißbrauchen könne, wurde er noch obendrein der Palatinatwürde öffentlich für verlustig erklärt; ferner wird ausgesprochen, daß zwischen dem Expalatinus und der ungarischen Nation jedes Verhältniß für immer aufgehört habe. — Nächstens werden Anstalten zur Wahl eines neuen Palatinus getroffen werden. Daß die Wahl diesesmal einen österreichischen Prinzen nicht treffen wird, kann man wohl mit Bestimmtheit voraussagen. — Die Verfolgung des Jellachichschen Heeres auch außerhalb der ungarischen Grenzen ist auf Kossuths Antrag ebenfalls beschlossen worden.

Ausland.

Frankreich.

Paris, den 14. Oktober. Wie wenig demokratisches Element in den reichen Fabrik- und Bauergutsbesitzern unseres flachen Landes lebt, beweist die Menge von Anträgen der Departementsräthe auf Beibehaltung des Militair-Ersatzwesens. Diese Anträge sind so zahlreich, daß der Verfassungs-Ausschuß den betreffenden Artikel aus dem Entwurf zurücknehmen will, welcher diese Menschenkäuferei bekanntlich abschafft. Die Linke wird sich auch diesen Rückzug gefallen lassen.

— Der Bevollmächtigte der päpstlichen Regierung für die östlichen Staaten Asiens, Abbée Salvi, hat durch Vermittlung des Französischen Geschäftsträgers zu Kanton einen Handelsvertrag mit China geschlossen. — Die Fürstin Belgiojoso, gegenwärtig in Paris, soll in kurzem mit einem Privatauftrage an den König Karl Albert von hier nach Italien sich begeben. — Das ehemalige Hotel Wagram in der Larochefoucauldstraße wird für Ludwig Napoleon Bonaparte eingerichtet.

Schweiz.

Basel, den 10. Okt. Unter den in Freiburg einberufenen Scharfschützen und Artilleristen sind so arge Excesse vorgefallen, daß mehrere Mannschaften verhaftet wurden. Die Leute riefen fortwährend: Es lebe der Sonderbund.

Italien.

Mailand, den 10. Okt. In Sardinien ist die Kriegslust gegen Oesterreich so entflammt, daß der König nicht wagen darf, den Waffenstillstand zu erneuern, wenn er nicht einen Volksaufstand hervorrufen will, bei dem er die Krone verlieren kann. Radetzki verweigert Sardinien die Zurückerstattung seines Belagerungsparks, obwohl dies nach dem Vertrag geschehen müßte.

Spanien.

Madrid, den 9. Okt. Den neuesten Nachrichten aus Barcelona zufolge hat man dort eine Verschwörung entdeckt, deren Ausbruch indeß durch die Gefangennehmung der bedeutendsten Mitglieder, so wie der Vorsitzenden des Ausschusses, vereitelt worden ist. Es scheint, daß die Verschworenen in unmittelbarer Verbindung mit Cabrera und Ametler standen, und von diesen abwechselnd Mittheilungen erhielten, so wie auch diese, falls die Verschwörung gelänge, zu Gen.-Capitänen von Catalonien bestimmt gewesen zu sein scheinen. Zu gleicher Zeit standen die Verschworenen auch mit den revolutionären Clubs von Perpignan und Toulouse in Verbindung, und die Absicht war, sich einiger festen Plätze zu bemächtigen und diese dem Cabrera zu übergeben. In Barcelona wollte man sich der Citadella von Monjuich bemächtigen, und von den bedeutendsten Kaufleuten durch Androhung eines Bombardements der Stadt von dieser aus, bedeutende Summen Geldes erpressen. Dies Alles wurde indeß durch die Entdeckung der Verschwörung vereitelt. Kaum war diese erfolgt, so erschienen ganz unvermuthet vier Bataillone Jäger in Barcelona, unter deren Deckung die Verhaftungen ohne weiteres Aufsehen bewerkstelligt wurden. Cabrera hat bereits Gerüchte von dem Aufstande in Barcelona aussprengen lassen, and dadarch wirklich einige Liberale eingeschüchtert. Alle diese Maßregeln sind auf Veranlassung des Gen. Cordova getroffen worden, der auch bei dieser Gelegenheit mit seiner gewohnten Energie und Umsicht verfahren ist.

[Für den hier folgenden Theil ist die Redaction nicht verantwortlich.]

Posen, den 19. Oktober. Herr v. Taczanowski hat in einem Inserat No. 240. dieser Zeitung dem hiesigen Getreidehändler-Verein ein Dementi zu geben versucht und dabei eine parlamentarische Ruhe und Mäßigung bewiesen, die wir, je seltener sie von unsern Gegnern in ihrer Polemik beobachtet wird, um so bereitwilliger hier lobend hervorheben würden, müßten wir nicht befürchten Herrn v. Taczanowski selbst dadurch eine Verlegenheit zu bereiten. Denn sein ganzes Inserat scheint eben nur den Zweck zu haben, ihn in den Augen seiner Landsleute von dem beleidigenden Verdachte frei zu sprechen, als hätte er die ihm in einer frühern Nachricht vom 4. aus deutschem Munde gespendete Anerkennung wirklich verdient. Nun diesmal werden wir Herrn v. T. im Ganzen besser zufrieden stellen, da wir es in Bezug auf das obige Inserat an mannigfachem Tadel nicht fehlen lassen können. Zuvörderst müssen wir es rügen, daß Herr v. T. die dritte, wichtigste Zusammenkunft, in der Privatwohnung eines der Herrn Getreidehändler (vgl. No. 233. dieser Zeitung) vollständig ignorirt, und auf die minder erheblichen Erörterungen der beiden ersten, mehr gelegentlichen Zusammenkünfte den Hauptton legt. Aber auch in Betreff dieser hat Herr v. T. sich mancherlei Entstellungen und Unrichtigkeiten erlaubt. Nicht aus freien Stücken „beehrten" fünf ꝛc. Getreidekaufleute den Herrn v. T. in seinem Hôtel, sondern gradezu in Folge seiner an sie ergangenen Einladung, wobei derselbe wegen eines erst kürzlich überstandenen Cholera-Anfalles um die Vergünstigung bat, nicht erst an einen dritten Versammlungsort sich hinbemühen zu dürfen. Wenn Hr. v. T. es bestreitet sich in diesen Conferenzen einen offiziellen Charakter beigelegt zu haben, so müssen wir sein kurzes Gedächtniß bedauern; er hat sich auf Befragen der Gegenseite ausdrücklich als Abgeordneten der Liga polska dargestellt. Die ganze in dem dritten Passus des Inserats enthaltene Erklärung, welche Herr v. T. und noch dazu in Gegenwart seiner Freunde der Deputation gegeben haben will, ist — es thut uns leid es sagen zu müssen — durchaus fingirt; der Inhalt dieser Erklärung ist auch nicht mit Einem Worte berührt worden. Wir hätten übrigens auf diese „nicht gehaltene Rede" Vieles zu erwidern; doch das gehört nicht hierher. Schließlich noch die Notiz, daß die bedeutenden Getreide-Einkäufe, welche an dem Markttage vor der Conferenz mit Herrn v. T. durch das „aufopfernde Einschreiten mehrerer polnischen Kaufleute Posens" effektuirt wurden, sich auf netto 97, sage sieben und neunzig Viertel, im Betrage von 400 Rthlr. beliefen, während für gewöhnlich an hiesigem Markte ein Umsatz von 6000—8000 Rthlr. Statt findet.

Cholera.

Posen, den 19. Oktober. Von gestern bis heute sind als an der Cholera erkrankt angemeldet 22 Personen, gestorben 12.

Marktberichte. Posen, den 18. Oktober.

(Der Schfl. zu 16 Mtz. Preuß.)

Weizen 1 Rthlr. 27 Sgr. 9 Pf., auch 2 Rthlr. 6 Sgr. 8 Pf.; Roggen — Rtlr. 28 Sgr. 11 Pf., auch 1 Rthlr. 2 Sgr. 3 Pf.; Gerste 26 Sgr. 8 Pf. auch — Rtlr. 28 Sgr. 11 Pf.; Hafer 15 Sgr. 7 Pf., auch 17 Sgr. 9 Pf.; Buchweizen 1 Rtlr. 1 Sgr. 1 Pf., auch 1 Rtlr. 5 Sgr. 7 Pf.; Erbsen 1 Rtlr. 5 Sgr. 7 Pf., auch 1 Rtlr. 10 Sgr. — Pf.; Kartoffeln 7 Sgr. 7 Pf., auch 8 Sgr. 10 Pf.; der Ctn. Heu zu 110 Pfd. 20 auch 24 Sgr.; Stroh, das Schock 4 Rthlr., auch 4 Rtl. 15 Sgr.; Butter das Faß zu 8 Pfd. 1 Rtlr. 20 Sgr., auch 1 Rtlr. 25 Sgr.

Berlin, den 18. Oktober.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 60—63 Rthlr.; Roggen loco 28—30 Rthlr., p. Frühjahr 82 pfd. $31\frac{1}{2}$ à 31 Rthlr., Okt./Novbr. $27\frac{1}{2}$ Rthlr. bez.; Nov./Dez. dto.; Gerste, große, loco 28—30 Rtlr., kleine 26 à 25 Rthlr; Hafer loco nach Qual. 17—18 Rthlr., p. Frühjahr 48 pfd. 18 à 17 Rthlr., p. Herbst 17 à $16\frac{1}{2}$; Erbsen, Kochwaare 38 a 40 Rthlr., Futterwaare 36—37 Rthlr.; Rüböl loco $11\frac{1}{2}$ Rthlr. Br. u. bez.; p. Okt./Novbr. $11\frac{1}{2}$ Rthlr., Br. und bez., Nov./Dec. dto., Dec./Jan. dto., Jan./Febr. $11\frac{7}{12}$ à $11\frac{5}{12}$ Rthlr., Febr./März dto., März/April dto., April/Mai dto.; Spiritus loco ohne Faß 15 Rthlr. Br., mit Faß $14\frac{7}{8}$ Br., $14\frac{3}{4}$ G.; pro Herbst-Termine $14\frac{3}{4}$ à $\frac{1}{2}$ Rthlr., p. Frühj. $16\frac{1}{2}$ Rthlr. nominell.
